

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

unsere Gemeinde steht vor einer entscheidenden Weggabelung. Die finanzielle Lage ist angespannt, die strukturellen Herausforderungen sind komplex – und die politischen Rahmenbedingungen verlangen nach Klarheit, Verantwortung und einem ehrlichen Umgang mit der Vergangenheit.



Die Konsolidierung unseres Gemeindepodgets ist kein einfacher Prozess. Sie ist notwendig, um die langfristige Stabilität zu sichern und die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde zu erhalten. Dabei geht es nicht nur um Zahlen, sondern auch um politische Kultur, um Zusammenarbeit und um den Willen zur Veränderung.

Es wäre zu einfach, die Ursachen allein in äußeren Umständen zu suchen. Ja, Bund und Land haben Rahmenbedingungen geschaffen, die uns fordern. Aber ebenso klar ist: Viele der heutigen Probleme sind das Ergebnis von Entscheidungen, die über Jahre hinweg getroffen wurden – und deren Auswirkungen nun sichtbar werden. Wer Verantwortung trägt, muss auch bereit sein, sich selbst zu hinterfragen. Selbstreflexion ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von politischer Reife.

Wir haben nun die Chance, Dinge grundlegend zu verändern. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist es möglich, tief in die organisatorischen und personellen Strukturen der Gemeinde zu blicken. Diese Transparenz war lange nicht gegeben – und sie ist ein wichtiger Schritt, um Vertrauen zurückzugewinnen.

Als Vizebürgermeister stehe ich für einen Kurs der Offenheit, der Zusammenarbeit und der sachlichen Auseinandersetzung. Ich bin dankbar für die konstruktive Arbeit im Gemeinderat und für das

Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Nachdruck für das Wohl der Gemeinde einsetzen. Gleichzeitig fordere ich ein, dass alle Beteiligten – auch die Bürgermeisterpartei – diesen Weg mitgehen. Politisches Taktieren und das Abschieben von Verantwortung helfen uns nicht weiter.

Wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten. Wir sind auch bereit, für Fehler der Vergangenheit einzustehen. Aber wir sind nicht bereit, alte Muster fortzusetzen. Die kommenden Jahre werden herausfordernd – aber sie bieten auch die Chance, unsere Gemeinde neu zu denken und nachhaltig zu gestalten.

Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und Ihre Aufmerksamkeit. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen – mit Klarheit, mit Verantwortung und mit dem festen Willen, es besser zu machen.

Vizebürgermeister

Christoph Kovacs

Vorankündigung

Arbeiterball 2026

im GH Loschy

am 17.01.2026

mit der Casinoband

Wir würden uns freuen euch begrüßen zu dürfen!

Gemeindebrief zur Lage der Gemeinde – eine Klarstellung

Unser Bürgermeister überrascht immer wieder – leider nicht positiv. Selbsterkenntnis und das Kehren vor der eigenen Tür gehören offenbar nicht zu seinen Stärken. Seine aktuelle Stellungnahme ist nicht nur dreist, sie zeugt auch von mangelndem Faktenwissen.

Es stimmt, dass externe Faktoren die finanzielle Schieflage der Gemeinde beeinflussen. Falsch ist jedoch die Behauptung, die Probleme hätten nichts mit jahrzehntelangem politischem Handeln in der Gemeindepolitik und Verwaltung zu tun.

Zudem ist klarzustellen:

Der burgenländische Mindestlohn, für bestehende Dienstverträge, musste nicht automatisch von der Gemeinde übernommen werden. Dazu war ein Gemeinderatsbeschluss notwendig:

- Die Tagesordnung erstellt der Bürgermeister, nur über diese Punkte kann abgestimmt werden.
- Die Erhöhung des Mindestlohns wurde von ihm selbst (ÖVP) auf die Tagesordnung gesetzt. Ohne diesen Punkt hätte es keine Abstimmung gegeben.

Beispiele aus der Vergangenheit:

- Der Bildungscampus: Die Baukosten wurden massiv überschritten, der Bau nicht fertiggestellt. Wesentliche sicherheitstechnische Anforderungen fehlten, Nachbesserungen in dieser Periode waren unvermeidlich. Zudem sind die Unterlagen unvollständig oder gar nicht vorhanden.
- Eine Brücke zum Industriegebiet II: Überdimensioniert für den tatsächlichen Bedarf, zudem fragwürdiger Standort.
- Wegebauten, die nur einigen wenigen Gemeindebürger*innen dienen.
- Zeitweise zwei Amtsleitungen gleichzeitig, die bezahlt werden mussten.

Diese Beispiele summieren sich auf rund **600.000 bis 700.000 Euro**.

Bei der Bürgerversammlung waren viele Bürgerinnen positiv überrascht, dass die Gemeindevertreter*innen geschlossen zusammenarbeiten und das Wohl der gesamten Gemeinde in den Vordergrund stellen. Nun jedoch verschickt der Bürgermeister ein Schreiben, in dem er die Verantwortung erneut einseitig von sich weist und suggeriert, die Gemeinde bzw. die jahrzehntelange ÖVP Alleinregierung, hätte zur derzeitigen Situation keinen "Beitrag" geleistet. Wieder wird deutlich: Verantwortung wird ausschließlich im Sinne der ÖVP verteilt – und nicht zum Wohl der Gemeinde.

Notwendige Schritte:

- Liquidität sichern: Die kommenden Jahre werden finanziell herausfordernd. Weitere Gebühren erhöhungen sind möglich, darauf muss rechtzeitig hingewiesen werden.
- Neuorganisation der Verwaltung: Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Abläufe müssen klar definiert werden. Der Konsolidierungsprozess hat gezeigt, dass die Aufbau- und Ablauforganisation in allen Bereichen unklar ist. Für Personalhoheit und Organisation ist der jeweilige Bürgermeister verantwortlich – Änderungen in diesem Bereich lagen und liegen nicht in unserem Zuständigkeitsbereich.

Trotz Vorschlägen und Hinweisen blieb vieles unverändert. Die Gemeinde zahlt nun den Preis für diese Untätigkeit. Veränderungen werden Zeit brauchen, sie liegen nicht allein in unserer Hand.

Politische Verhaltensänderungen:

In der Vergangenheit war Gemeindepolitik oft geprägt davon, Einzelinteressen über das Gemeinwohl zu stellen. Dieses falsche Verständnis von Politik ist leider nicht auf Gemeindeebene beschränkt. Wir streben an, innerhalb unserer Gestaltungsmöglichkeiten diesen Kurs zu ändern – konsequent und nachhaltig.

Wer die letzten Jahrzehnten regiert hat, kann die Verantwortung nicht einfach von sich weisen – die ÖVP trägt ebenso die Schuld an dem Schlamassel.